

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Niklas Schrader (LINKE)

vom 23. September 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 24. September 2020)

zum Thema:

Nach der Demo kommt die Rechnung – Weitergabe von personenbezogenen Daten von Versammlungsanmelder*innen an Dritte durch die Polizei!?

und **Antwort** vom 13. Oktober 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 15. Okt. 2020)

Herrn Abgeordneten Niklas Schrader (LINKE)
über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/25046
vom 23. September 2020
über Nach der Demo kommt die Rechnung – Weitergabe von personenbezogenen
Daten von Versammlungsanmelder*innen an Dritte durch die Polizei!?

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Wie viele Versammlungen wurden zwischen dem 27. Juli und dem 7. August 2020 mit Bezug zur anstehenden Räumung der Kiezkeiße „Syndikat“ von wie vielen Personen insgesamt angemeldet?

Zu 1.:

Es wurden vier Versammlungen von vier unterschiedlichen Personen angemeldet.
Eine weitere Kundgebung wurde als Spontanversammlung gewertet.
Die erfragten Daten sind der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen.

| Datum | Zeit Anmeldung | Ort/Strecke | Thema |
|-------------------|----------------------|---|---|
| 31. Juli 2020 | 16:00 - 22:00 Uhr | Herrfurthstr./ Weisestr. 12049 (Neukölln) | „Kiezkultur von Unten erhalten & verteidigen! Syndikat bleibt!“ |
| 1. August 2020 | 20:00 - 23:00 Uhr | Neukölln, Herrfurthplatz - Herrfurthstr. - Weisestr. – Kienitzer Str. - Hermannstr. - Rollbergstr. - Mainzer Str. - Boddinstr. - Hermannstr. - Flughafenstr. - Karl-Marx-Str. bis S-Bhf. Neukölln | „Gegen Räumungen, Abschiebungen & Faschisierung - Raus aus der Defensive - Syndikat, Meuterei, Liebig, Potse/ Drugstore, Rigaer bleiben!“ |

| | | | |
|---------------------------|----------------------|--|---|
| 1.August 2020 | 20:00 - 23:00 Uhr | Richardplatz an der Kirchhofstraße (westlich) 12055 (Neukölln) | „Solidarität mit dem Syndikat“ |
| 6. - 7. August 2020 | 20:00 - 24:00 Uhr | Weisestr. 56 12049 (Neukölln) | „Lange Nacht der Weisestraße gegen Verdrängung - Selbstbestimmte Kiezkultur feiern und erhalten, in Solidarität mit dem Syndikat“ |
| 7.August 2020 | 11:00 - 22:00 Uhr | Herrfurthplatz 1 12049 (Neukölln) | Räumung Syndikat |

2. Trifft es zu, dass die Berliner Polizei personenbezogene Daten eines oder mehrerer Anmelder von Versammlungen, die im Vorfeld der Räumung der Kiezkneipe „Syndikat“ stattfanden, an die Berliner Stadtreinigung (BSR) übermittelt hat und wenn ja,
- a) welche der angemeldeten Versammlungen betrifft das?
 - b) auf welcher Rechtsgrundlage ist die Datenübermittlung erfolgt?
 - c) was ist der Grund für die Datenübermittlung?
 - d) wie ist dies mit dem Grundrecht auf Versammlungsfreiheit vereinbar?
 - e) wie kann festgestellt werden, ob die/der Anmelder*in einer Versammlung überhaupt Verursacher*in einer eventuellen Verunreinigung am Versammlungsort ist?

Zu 2.:

Werden nach Versammlungen starke Verschmutzungen der Fahrbahn festgestellt, wird durch die Polizei Berlin die Berliner Stadtreinigung (BSR) zur Beseitigung von Unrat von der Fahrbahn aus gefahrenabwehrrechtlichen Gründen angefordert. Im konkreten Fall liegen der Polizei Berlin derzeit keine Erkenntnisse darüber vor, dass personenbezogene Daten an die BSR übermittelt wurden.

3. Wenn keine Datenübermittlung stattfand, wie ist es zu erklären, dass mindestens ein Anmelder von der BSR eine Rechnung für Entsorgung und Reinigung auf „Anforderung durch Polizei“ wegen „Räumung Kiezkneipe [sic!] Syndikat“ mit Datum vom 7.9.2020 zugestellt bekam?

Zu 3.:

Hierzu liegen dem Senat derzeit keine Erkenntnisse vor.

4. Auf welcher Rechtsgrundlage und unter welchen Voraussetzungen erfolgt die Abrechnung von Straßenreinigungskosten nach Versammlungen durch die BSR direkt gegenüber Versammlungsanmelder*innen?

Zu 4.:

Die Berliner Straßenreinigung teilte hierzu mit:

„Gemäß § 8 Abs. 4 des Straßenreinigungsgesetzes (StrReinG) hat jeder, der eine nicht vermeidbare Verschmutzung der Straße hinterlässt, diese unverzüglich zu beseitigen. Erfolgt diese Beseitigung nicht unverzüglich durch den Verursacher selbst, kann die Verunreinigung auf Kosten des Verursachers im Wege der Ersatzvornahme erfolgen. Die Vorschriften über die Reinigungs- und Kostenerstattungspflicht betreffen nicht die Durchführung einer Versammlung, sondern die Beseitigung ihrer Folgen. Nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichtes (BVerwG) stellt die Reinigungs- und Kostenerstattungspflicht des Veranstalters als haftender Verursacher das Recht, eine Versammlung abzuhalten, nicht in Frage (BVerwG, Urteil vom 6.8.1988, 1 C 71/86).“

Maßgebend sind hierfür stets die Umstände des Einzelfalls.

5. Wie oft und zu welchen Gelegenheiten geschah dies in den letzten fünf Jahren?

Zu 5.:

Die Berliner Stadtreinigung teilte hierzu mit:

„Wir hatten in den Jahren:

2020 an 15 Tagen

2019 an 61 Tagen

2018 an 62 Tagen

2017 an 62 Tagen

2016 an 54 Tagen

2015 an 56 Tagen

Ersatzvornahmen im Zusammenhang mit Versammlungen.“

Berlin, den 13. Oktober 2020

In Vertretung

Aleksander Dzembritzki

Senatsverwaltung für Inneres und Sport